

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die Konzession für eine Neuchâtelbahn.

(Vom 18. Dezember 1871.)

Der schweizerische Bundesrath,
nach Einsicht

einer vom Großen Rathe des Kantons Aargau unterm 30. November 1871 dem Komite der Neuchâtelbahn zuhanden einer zu bildenden Gesellschaft für den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Brugg, eventuell von Turgi durch das Neuchâtel nach der Kantons-
grenze bei Zonen, mit einer Abzweigung von Bremgarten nach Wohlen
ertheilten Konzession;

in Anwendung der dem Bundesrathe durch Bundesbeschluß vom 5. Dezember 1871 ertheilten Vollmacht,

b e s c h l i e ß t:

Es wird dieser Konzession unter nachstehenden Bedingungen die
Genehmigung des Bundes ertheilt.

Art. 1. In Anwendung von Art. 8, Lemma 3 des Bundes-
gesetzes über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen wird dem Bundes-
rathe vorbehalten, für den regelmäßigen periodischen Personentransport,
je nach dem Ertrage der Bahn und dem finanziellen Einflusse des
Unternehmens auf den Postertrag, eine jährliche Konzessionsgebühr, die
den Betrag von Fr. 500 für jede im Betriebe befindliche Wegstrecke
von einer Stunde nicht übersteigen soll, zu erheben. Der Bundesrath
wird jedoch von diesem Rechte so lange keinen Gebrauch machen, als

Die Bahnunternehmung nicht mehr als 4% nach erfolgtem Abzuge der auf Abschreibungsrechnung getragenen oder einem Reservefond einverleibten Summen abwirft.

Art. 2. Der Bund ist berechtigt, die hier konzessionirte Eisenbahn sammt dem Material, den Gebäulichkeiten und den Vorräthen, welche dazu gehören, mit Ablauf des 17., 32., 47., 62., 77. und 86. Jahres, vom Tage dieses Beschlusses an gerechnet, gegen Entschädigung an sich zu ziehen, falls er die Gesellschaft jeweilen fünf Jahre zum voraus hievon benachrichtigt hat.

Kann eine Verständigung über die zu leistende Entschädigungssumme nicht erzielt werden, so wird die letztere durch ein Schiedsgericht bestimmt.

Dieses Schiedsgericht wird so zusammengesetzt, daß jeder Theil zwei Schiedsrichter wählt und von den letztern ein Obmann bezeichnet wird. Können sich die Schiedsrichter über die Person des Obmanns nicht vereinigen, so bildet das Bundesgericht einen Dreierorschlag, aus welchem zuerst der Kläger und hernach der Beklagte je einen der Vorgeschlagenen zu streichen hat, der Uebrigbleibende ist Obmann des Schiedsgerichts.

Für die Ausmittlung der zu leistenden Entschädigung gelten folgende Bestimmungen:

- a. Im Falle des Rückkaufes im 17., 32. und 47. Jahre ist der 25fache Werth des durchschnittlichen Reinertrages, und zwar bei Benutzung des ersten Rückkauftermins der fünf, bei Benutzung des 2. und 3. Rückkauftermins der zehn Jahre, die dem Zeitpunkte, in welchem der Bund den Rückkauf erklärt, unmittelbar vorangehen; im Falle des Rückkaufes im 62. Jahre der 22¹/₂fache; im Falle des Rückkaufes im 77. Jahre der 20fache, und im Falle des Rückkaufes im 86. Jahre der 18fache Werth dieses Reinertrages zu bezahlen, immerhin jedoch in der Meinung, daß die Entschädigungssumme in keinem Falle weniger als das ursprüngliche Anlagekapital betragen darf. Von dem Reinertrage, welcher bei dieser Berechnung zu Grunde zu legen ist, sind übrigens Summen, welche auf Abschreibungsrechnung getragen oder einem Reservefond einverleibt werden, in Abzug zu bringen.
- b. Die Bahn sammt Zugehör ist jeweilen, zu welchem Zeitpunkte auch der Rückkauf erfolgen mag, in vollkommen befriedigendem Zustande dem Bunde abzutreten. Sollte dieser Verpflichtung kein Genüge gethan werden, so ist ein verhältnißmäßiger Betrag von der Rückkaufsumme in Abzug zu bringen.

Streitigkeiten, welche hierüber entstehen möchten, sind durch das oben erwähnte Schiedsgericht auszutragen.

Art. 3. Binnen einer Frist von 12 Monaten, vom Tage dieses Beschlusses an gerechnet, ist der Anfang mit den Erdarbeiten für die Erstellung der Bahn zu machen und zugleich genügender Ausweis über die Mittel zur gehörigen Fortführung der Bahnunternehmung zu leisten, in der Meinung, daß widrigenfalls nach Ablauf jener Frist die Genehmigung des Bundes für die vorliegende Konzession erlischt.

Art. 4. Es sollen alle Vorschriften der Bundesgesetzgebung über den Bau und Betrieb der schweizerischen Eisenbahnen genaue Beachtung finden, und es darf denselben durch die Bestimmungen der gegenwärtigen Konzession in keinerlei Weise Eintrag geschehen.

Bern, den 18. Dezember 1871.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes,
Der Bundespräsident:

Schenk.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schief.

Bundesrathsbeschluss

betreffend

die Konzession für eine Surbthalbahn.

(Vom 18. Dezember 1871.)

Der schweizerische Bundesrath,
nach Einsicht

einer vom Großen Rathe des Kantons Aargau unterm 30. November 1871 dem Eisenbahnkomite in Laufenburg zuhanden einer zu bildenden Gesellschaft für den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Stein über Laufenburg durch das Surbthal bis an die Kantonsgrenze bei Schneisingen erteilten Konzession;

Bundesrathsbeschluß betreffend die Konzession für eine Reutzthalbahn. (Vom 18. Dezember 1871.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1872
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	02
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.01.1872
Date	
Data	
Seite	50-52
Page	
Pagina	
Ref. No	10 007 134

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.